

Bassersdorf, Hinwil und Weiningen, 21. Juni 1999

KR-Nr. 201/1999

POSTULAT von Rudolf Ackeret (SVP, Bassersdorf), Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil) und Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen)

betreffend Beschränkung der Staatsquote und Plafonierung der Staatsausgaben bei Fr. 8,5 Mia.

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat Massnahmen beziehungsweise einen Vorgehensplan zur Beschränkung von staatlichen Aufgaben und Bestimmungen und zur Reduktion der Staatsausgaben zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Staatsausgaben auf Fr. 8.5 Mia. zu beschränken. Der Finanzplan ist entsprechend anzupassen.

Rudolf Ackeret
Bruno Zuppiger
Hans-Peter Züblin

Begründung:

Der Wirtschaftskanton Zürich braucht gute Rahmenbedingungen für Gewerbe, Wirtschaft, natürliche und juristische Personen. Anzustreben ist eine tiefere Staatsquote, sind weniger Vorschriften, Steuern, Abgaben, Gebühren und Bürokratie. Die staatlichen Aufgaben müssen wieder auf die grundsätzlichen Kernkompetenzen beschränkt und die Staatsausgaben wirksam beschränkt werden. Das ist notwendige Voraussetzung dafür, dass Gewerbe, Wirtschaft, natürlichen und privaten Personen wieder mehr bleibt und sich Investitionen, Eigenverantwortung und Leistung wieder lohnen. Eine nachhaltige Senkung der Staatsausgaben fördert die Rahmenbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft und legt damit die Grundlage für Wohlstand und Arbeitsplätze.

Begründung der Dringlichkeit:

Höhere Staatsausgaben ziehen höhere Steuern nach sich. Damit dieser unheilsamen Wechselwirkung endlich Einhalt geboten werden kann, muss die Verwaltung konsequent und rasch nach Sparmöglichkeiten suchen und bereit sein, diese auch in die Tat umzusetzen.